

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“

Slogan der Flüchtlingsorganisation Karawane

Wie die europäische Politik Fluchtursachen schafft, sich jedoch ihrer Verantwortung zum Schutz der Geflüchteten entzieht

Mehr als 122 Millionen Menschen sind nach Angaben des UNHCR derzeit weltweit auf der Flucht. Nur ein Bruchteil davon sucht Schutz und eine Lebensperspektive in Europa. Zwei Drittel sind im eigenen Land auf der Flucht. Und von denen, die ihr Land verlassen mussten, leben zwei Drittel in den Nachbarländern ihrer Heimat – häufig in großen Lagern unter oft katastrophalen Bedingungen. Diejenigen, die tatsächlich ihre Region verlassen, müssen viel Geld aufwenden und nicht selten ihr Leben riskieren. Legale Einwanderungsmöglichkeiten gibt es für sie nicht.

Beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, sterben jedes Jahr Tausende Menschen. Eine staatliche Rettungsmission wurde schon vor vielen Jahren eingestellt und zivilgesellschaftliche Rettungsorganisationen werden behindert und kriminalisiert. Die libysche Küstenwache wird von der EU ausgerüstet und bezahlt, damit sie Flüchtlingsboote abfängt und die InsassInnen zurück in die Folterlager bringt. Zivile Rettungsschiffe werden von dieser Küstenwache beschossen. Die griechische Küstenwache verübt Pushbacks genauso wie kroatische Grenzschützer, dabei immer wieder unterstützt von Beamten der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex. Geflüchtete, die es trotzdem auf griechisches Gebiet schaffen, werden auf den Inseln in Internierungslagern inhaftiert - oft jahrelang, bis ihre Asylverfahren vielleicht irgendwann bearbeitet werden.

Hier trainiert die EU seit längerem ein Verfahren, das mit dem aktuell in Umsetzung befindlichen Grenzsystem GEAS an allen europäischen Grenzen eingeführt werden soll: Internierungslager im extraterritorialen Gebiet zur Prüfung der Berechtigung auf ein Asylverfahren. Alle, die nicht akzeptiert werden, sollen unmittelbar zurückgeschickt werden. Neuerdings gibt es verstärkt Überlegungen, die Asylverfahren in weit entfernte Staaten, z.B. nach Afrika, zu verlagern. Hier sollen die Geflüchteten aufgenommen, auch wenn diese keinerlei Bezug zu dem Staat oder der Region haben.

Diese Politik der Ausgrenzung und Abschottung negiert und verschleiert, welchen immensen Anteil die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik bei der Schaffung und Verstärkung von Fluchtursachen hat.

Beispiel 1 • Freihandelsabkommen: Zerstörung lokaler Märkte durch europäische Exporte sowie Zerstörung von Regenwald durch Ausweitung der Produktion

Mit Freihandelsabkommen und Investitionsschutzabkommen will die EU seit Jahren die Öffnung der Märkte weltweit, vor allem aber im Globalen Süden, erreichen. Dabei sollen Zölle und Gebühren schrittweise abgebaut und die lokalen Märkte für Exporte aus der EU geöffnet werden. In den letzten Jahren sind z.B. die landwirtschaftlichen Exporte aus der EU in die Sub-Saharaländer kontinuierlich gestiegen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass dort kleinbäuerliche Strukturen und damit die finanziellen Lebensgrundlagen vieler Menschen nachhaltig geschädigt werden. Die afrikanischen ProduzentInnen können schlicht mit den industriell gefertigten und hoch subventionierten Lebensmittelprodukten aus Europa nicht konkurrieren.

In anderen Regionen wie dem Amazonasgebiet werden durch den Wegfall von handelstechnischen Schutzmechanismen die Anbau- und Weidegebiete für Soja und Rinder massiv in die Regenwaldgebiete hinein ausgedehnt und so durch Raubbau dem Klimawandel Vorschub geleistet.

Beispiel 2 • Extraktivismus und Landraub: Die Vertreibung aus den angestammten Gebieten und Produktionsverhältnissen

Der Hunger der Industrieländer nach Rohstoffen und Energie für die Entwicklung des grünen Kapitalismus und für die militärische Aufrüstung führt zu einer stetigen Ausweitung der Abbaugelände und Minen für die begehrten Rohstoffe wie Kupfer, Lithium, Bauxit, Kobalt und Nickel. Dieser Bergbau führt ganz direkt zu Landenteignungen und großflächigen ökologischen Schäden, die eine weitere agrarische Produktion unmöglich machen. Der massive Bedarf an meist knappen Wasserressourcen für den Extraktivismus zerstört die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung.

Dies gilt auch für Anlagen zur Energiegewinnung wie z.B. der Erzeugung von Wasserstoff: es werden gigantische Flächen für Solarpaneele und Windräder zur Energieerzeugung benötigt und es muss viel Wasser für die Elektrolyse herangeschafft werden, entweder durch Entsalzung von Meerwasser oder durch Abpumpen von Grundwasser - beides wiederum mit gravierenden Folgen für Natur und BewohnerInnen.

Dazu kommt der Landraub. Hiermit wird eine Entwicklung bezeichnet, in der sich politisch oder wirtschaftlich durchsetzungsstarke AkteurInnen Landflächen aneignen oder kontrollieren. Meist geschieht dies durch internationale Investoren wie Banken und Agrarkonzerne - das globale Finanzkapital hat die Äcker der Welt als Geldanlage entdeckt. Agrarrohstofffonds spitzen diese Situation durch Spekulationen auf Preisentwicklungen der Nahrungsmittel weiter zu.

Die Reichsten der Welt sichern sich so den Zugriff auf eine der wichtigsten Ressourcen unseres Planeten. Diejenigen, die das Land kaufen, bestimmen darüber, was und vor allem wie zukünftig auf den weltweiten Ackerflächen produziert wird. Den agrarisch tätigen BewohnerInnen wurden so in den letzten Jahren viele Möglichkeiten genommen, Nahrung sowohl für den eigenen Verbrauch als auch für den Verkauf anzubauen. Hinzu kommt der Trend, Nahrungsmittel zu Treibstoff zu verarbeiten.

Der Rohstoff- und Energiekolonialismus sowie der Landraub bringen Arbeitslosigkeit und Vertreibung mit sich und führen dazu, dass die Ungleichheiten zunehmend größer werden.

Beispiel 3 • Autoritarismus

In vielen Ländern der Welt werden Mitspracherechte eingeschränkt, wird demokratischer Widerstand mit Gewalt gebrochen, werden AktivistInnen gefoltert und ermordet. Durch Lobbyarbeit, Korruption und Erpressung werden Gesetze zum Schutz von Mensch und Natur verwässert oder abgeschafft, werden Landbesitzer enteignet und vertrieben. Die Profitinteressen multinationaler Konzerne werden von zunehmend mehr autokratischen Systemen durchgesetzt, demokratische Prozesse und Institutionen werden zur Farce degradiert.

Die EU ist in diese Entwicklung gleich mehrfach involviert: erst unterstützt sie ihre Industrie durch massive politische und ökonomische Einflussnahme in der Erreichung der Ziele zur Rohstoffsicherung, auch und gerade in autokratischen Ländern. Und nachdem diese Unterstützung dann zwangsläufig zu Migrationsbewegungen führt, werden die Regime erneut großzügig dafür bezahlt, diese Flüchtlinge mit allen Mitteln von Europa fernzuhalten.

Beispiel 4 • Waffenexporte: Das Geschäft mit dem Tod!

Die meisten Geflüchteten in Deutschland kommen aus Syrien, Afghanistan und der Ukraine. Sie sind Opfer von Kriegen und Militärinterventionen, geführt mit Waffen, die auch in Deutschland produziert wurden. An ihren Schicksalen wird deutlich, wohin Militärinterventionen und Waffenexporte führen: Konflikte werden nicht befriedet, sondern befeuert, und die Zahl der zivilen Opfer steigt ebenso wie die der Geflüchteten. Mit der weltweiten Zunahme von Konflikten steigen auch die Rüstungsexporte

aus Deutschland: im Zeitraum von 2020 bis 2024 hat Deutschland hinter den USA, Frankreich, Russland und China Platz 5 auf der Liste der größten Rüstungsexporteure eingenommen.

Die Opfer der exportierten Rüstungsgüter sind allerdings nicht willkommen.

Beispiel 5 • Folgeschäden des Klimawandels

Der Globale Norden trägt eine besondere Verantwortung für Klimafolgeschäden im Globalen Süden. Historisch stammen rund 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus den früh industrialisierten Ländern, obwohl dort nur etwa 16 Prozent der Weltbevölkerung leben. Die Folgen dieser Emissionen treffen jedoch vor allem Länder, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben.

Die Zerstörungen sind konkret und massiv: Die Überschwemmungen in Pakistan 2022 verursachten Schäden von über 30 Milliarden US-Dollar, mehr als 1.700 Menschen starben, rund 33 Millionen waren betroffen. Am Horn von Afrika führten jahrelange Dürren dazu, dass über 20 Millionen Menschen akut von Hunger bedroht sind. Steigende Meeresspiegel zerstören Lebensräume in tiefliegenden Regionen wie Bangladesch oder den Malediven, wo jedes Jahr tausende Menschen ihre Heimat verlieren.

Angesichts dieser Klimafolgeschäden fordern viele Staaten des Globalen Südens einen finanziellen Ausgleich für „loss and damage“. Dieser soll irreversible Verluste – etwa zerstörte Infrastruktur, Ernten oder Kulturland – kompensieren. Doch diese Gelder fließen kaum – die im Rahmen der UN bisher zugesagten Zahlungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein und ermöglichen der Bevölkerung in den betroffenen Regionen kein Überleben in Würde.

Dazu kommt, dass die Länder des Nordens immer noch nicht zu einer umfassenden Reduktion des Ressourcenverbrauchs und einen schnelleren Ausstieg aus fossilen Energien bereit sind. Ohne nachhaltigere Wirtschaftsmodelle wird die Klimakrise weiter Zerstörung anrichten und Ungerechtigkeiten vertiefen.

Migration gab es schon immer und wird es auch in Zukunft geben.

Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht. Und die Menschenrechte werden ihrer Bedeutung beraubt, wenn sie nicht für alle gleichermaßen gelten. Jeder hat ein Recht zu gehen und ein Recht zu bleiben. Ohne Schikane, Kriminalisierung oder Lebensgefahr.

Die Bekämpfung der Fluchtursachen darf nicht nur in den Herkunftsländern der Geflüchteten ansetzen. Es ist an der Zeit, die imperiale Lebensweise des Globalen Nordens, unsere Produktions- und Lebensweise zu hinterfragen, die an anderen Orten der Welt dazu führt, dass Menschen ihre Herkunftsorte verlassen müssen.

Die reichen Länder sind für die globale Ungleichheit verantwortlich - durch Ausbeutung, Extraktivismus, Klimaschäden. Und trotzdem wird Entwicklungszusammenarbeit zunehmend an die Bedingung geknüpft, Migration zu verhindern und Rücknahmen von Geflüchteten zuzustimmen. So schließt sich der Kreis. Die Politik spricht von Bekämpfung der Fluchtursachen und bekämpft doch nur die Flucht.

Die Europäische Union muss sich ihrer Verantwortung für die Verstärkung von Fluchtursachen stellen.

Deshalb fordern wir:

Soziale Umverteilung statt Sündenbockpolitik!

Nicht Migration, sondern eine politisch geschaffene soziale Ungleichheit ist die Hauptursache für die Krise in Bereichen wie Wohnen, Infrastruktur und Sozialpolitik. In neoliberaler Manier wurden jahr-

zehntelang öffentliche Güter privatisiert, staatliche Investitionen vermieden und die Umverteilung von unten nach oben forciert.

Statt Geflüchtete zu Sündenböcken für alle Missstände in der Gesellschaft zu machen brauchen wir eine Rückverteilung der obszön großen Vermögen, angefangen mit einer Vermögens- und einer Erbschaftssteuer, die die gesellschaftlich dringend benötigten Gelder für Investitionen in Schulen, Bahnen und Klimaschutz aufbringen. Des Weiteren müssen damit die Sozialsysteme gestützt und ausgebaut werden, damit nicht länger sozial Benachteiligte gegen Schutzsuchende ausgespielt werden können.

Freihandelsabkommen stoppen!

Wir fordern ein Ende jener Freihandelspolitik, die auf dem Rücken der ökonomisch Schwächsten stattfindet. Beim Handel sollte es um Austausch gehen, in dem ökologisch und kulturell unterschiedliche Regionen ihre Erzeugnisse, Fähigkeiten und Kreativität teilen. Die Regeln für einen gerechten Handel sollten sich daran ausrichten, die Ökonomien verarmter und instabiler Staaten zu stärken und ihnen eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ermöglichen. Wertschöpfung muss verstärkt im Globalen Süden stattfinden, wir brauchen lokale Entwicklung statt neokolonialen Extraktivismus.

Legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen!

Nicht die Schlepper treiben die Menschen auf die überfüllten und maroden Boote, sondern der Umstand, dass es für sie keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten in die EU gibt. Kein Mensch ist illegal, niemand darf in Lagern interniert und in unbekannte Drittländer deportiert werden. In Zeiten des demographischen Wandels sollten uns MigrantInnen willkommen sein – sie bringen vielfältige Kenntnisse und Qualifikationen mit, die unsere Arbeitswelt bereichern können. Es ist widersinnig, auf der einen Seite Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben und auf der anderen Seite MigrantInnen abzuwehren und abzuschieben. Das unwürdige Spalten in „nützliche“ und „nicht nützliche“ Menschen und ihre Illegalisierung muss ein Ende haben.

Wir müssen für ein „Recht, nicht gehen zu müssen“ streiten.

Wir brauchen globale soziale Rechte, die menschenwürdige und gute Lebensbedingungen für alle und überall garantieren.

Version Jan/2026 von https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Downloads/Flyer_und_Plakate/Flyer_AG_Migration-1.pdf (2015)